



W. Mann.
Herrn-Kostüme
ist von Herrn
en St. Jacob.

llnberg
ng.

Freitag, den

Besitzung

lers und Bauch-
geschäfster Böning.
em eleg. trans-
rothes Zauber-
mit den neuesten
und Lichtreisler.
und Großartigste

ing 8 Uhr.

, 3. M. 25 Pf.

irations-

eschenke

hier Auswahl zu

Preisen

lung.

gbücher

ien bis zu den
moderntesten Ein-
wie diverse

sions-

Geschenke

sohl zu billigsten
en pflicht

immermann,

dorf.

u. weisses

ugpapier

t billigst

t Pilz,

enstein.

milde

er-Seife

Schaum gebend)

ben bei

orm. S. Laur.

ente

Patentbüro

uerkorn

. Zwickau's

BAHNHOFSTR.

erstellung in Berlin

ensjahre

g nach-

nen.

stein.

Lichtenstein-Gallnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohendorf, Hödlik, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Wendorf, Ottomondorf, Mülsen St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, St. Georgendorf, Thurn, Niedermülsen, Kühnappel und Tirsheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 46

Vertrags-Nachdruck:
Nr. 7.

Freitag, den 24. Februar

Telegrammadresse:
Tageblatt. 1905.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierterjährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickerstraße 337, alle Kaiserlichen Postämter, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgepaarte Grundzelle mit 10, für auswärtige Inseraten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweitplatige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Bekanntmachung.

die Auslösung von Staatspapieren betr.

1. Landeskultur-Rentenscheine, die in der 82. Ziehung am 30. November 1904 ausgelöst worden sind und infolgedessen am 1. Juli 1905 fällig werden.
2. Landeskultur-Rentenscheine, deren Kapitale infolge Auslösung fällig geworden, aber noch nicht erhoben worden sind und deren Verzinsung von den beibewillten Tagen ab aufgehört hat.
3. Landeskultur-Rentenscheine, die bei Rentenablösungen oder durch Anlauf erlangt und im 2. Halbjahr 1904 amortisiert worden sind.
4. Landeskultur-Rentenscheine, hinsichtlich deren das gerichtliche Aufgebotsverfahren anhängig gemacht worden ist.
5. Landeskultur-Rentenscheine, bez. Erneuerungsscheine, die der Verwaltung außerdem als abhanden gekommen gemeldet worden sind;

ferner die Ziehungsliste der Verwaltung der Königl. Sächsischen Staatschulden, enthaltend:

1. die in der Ziehung am 2. Januar 1905 ausgelosten 3½ % (vormals 4 %) Staatschulden-Kassenscheine von den Jahren 1852/55/58/59/62 66/68,
2. die in der Ziehung am 31. Dezember 1904 ausgelosten 3½ % Staatschulden-Kassenscheine vom Jahre 1867,
3. die in der Ziehung am 2. Januar 1905 serienweise ausgelosten 3½ % (vormals 4 %) Staatschulden-Kassenscheine vom Jahre 1869 liegen während der nächsten 14 Tage in der hiesigen Ratsregisteratur zu jedem Manns Einsicht aus.

Lichtenstein, am 20. Februar 1905.

Der Stadtrat.

Steckner,
Bürgermeister.

Schr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Unter der Überschrift „Fürst Bülow“ schreibt ein Leipziger Watt: Es ist den politischen Kreisen Berlins kein Geheimnis, daß der Reichskanzler tatsächlich schon einige Stunden lang Fürst gewesen ist. Das war, als es dem Grafen Bülow gelungen war, die vielfamtrittene Bollartif. Vorlage im Reichstage zur Annahme bringen. Voll Dankbarkeit hierfür teilte der Monarch dem Kanzler in einem eigenhändigen Schreiben mit, daß er ihm den Fürstentitel verliehen habe, und adressierte diese an „Seine Durchlaucht den Fürsten von Bülow.“ Das Schreiben enthielt zugleich eine Einladung zu einer an demselben Tage stattfindenden Tafel im Neuen Palais zu Potsdam. Als der Reichskanzler zu dieser erschien, stattete er dem Kaiser zuvörderst seinen Dank für die ihm zugesetzte Erhöhung ab, bat dann aber, von ihr Abstand zu nehmen, da er das Bestreben habe, künftighin größere Dienste zu leisten, und das Wert, das er bis jetzt vollbracht, einer so außerordentlichen Anerkennung nicht für wert ansehen könne. Der Kaiser gab diesen Vorstellungen schließlich nach und zog die Verleihung zurück. — Wenn's nicht wahr ist, ist's wenigstens gut erzählt!

* Der Reichstag nahm gestern die Handelsverträge in dritter Lesung, also definitiv, mit großer Majorität an.

* Zu den Handelsverträgen veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ ein Beispiel davon, wie die neuen Handelsverträge auf den Export Deutschlands wirken werden. Es handelt sich um den Industriezweig der Schriftgieherei. Eine Berliner Firma, der das genannte Blatt die Weiterleitung verdankt, sieht durch den Handelsvertrag mit Russland ihr bisher bestehendes Geschäft mit diesem Lande für die Zukunft völlig unmöglich gemacht. Bisher betrug der russische Eingangszoll für typographischen Satz und Buchdruck 60 Kopeken für das Pud. Nach dem neuen Handelsvertrag beträgt der russische Eingangszoll auf Buchdruckschriften 9 Rubel für das Pud, also eine 15fache Erhöhung des bisherigen Zolles, während Stempel für Platten, Messinglinien und Klischees in Zukunft sogar 25,30 Rubel, das 42fache des bisherigen Zolles bezahlt werden müssen. Der Zoll wird sich danach einschließlich Fracht und Spesen in Zukunft ebenso hoch, ja noch höher stellen als die Ware selbst. An ein Geschäft mit Russland ist unter diesen Umständen nicht mehr zu denken. Dieser Geschäftszweig, der bisher an der Ausfuhr nach Russland hervorragend beteiligt war, scheidet die Zukunft einfach aus.

Die Firma erklärt

um das Geschäft

lören, genötigt

Land zu e

Das ge

Fabrik

sehen

dah

ins Ausland wandern müssen — was wird aus den Arbeitern?“ fragt das Blatt und antwortet darauf: „Hinter jeder großen Fabrik stehen Hunderte, vielleicht Tausende von Arbeitern. Sie fliegen einfach auf das Pfaster. Übermals Leichen am Wege! Oder sollen wir die Arbeiter auch exportieren? Dann würde das Wort Caprivi zur traurigen Wahrheit werden: weil wir keine Waren mehr exportieren, deshalb müssen wir Menschen exportieren.“

* Man schreibt aus Würzburg: Als am Sonnabend die hiesige Studentenschaft dem neuernannten Erzbischof von Bamberg, Dr. Albert, bisher Professor der Theologie an der Königsberger Universität, einen Fackelzug darbrachte, an dem sich die sämtlichen Studentenkorporationen beteiligten, hielt der Erzbischof eine interessante Ansprache. Er bekannte sich darin als begeisteter Anhänger des Friedens unter den Konfessionen und als ein warmerVerteidiger der akademischen Freiheit. Unter anderem hob er hervor, es bereite ihm eine ganz besondere Freude, daß sämtliche Korporationen sich zu der Ovation zusammengefunden und geeint hätten, alles vergessend, was sie trennen könnte. Mit Bezug auf die akademische Freiheit führte er aus, daß sein Herz immer warm für die deutsche Hochschuljugend geschlagen habe, wie eben nur Deutschland sie kenne; er sei der festen Überzeugung, daß der gährende, schwürende und manchmal auch überschäumende Most akademischer Freiheit sich doch immer wieder zum kostbaren Wein gewissenhafter Verluste erneue läßt.

* Im preußischen Abgeordnetenhaus äußerte gestern Kultusminister Dr. Studt in der Debatte über den Kultusetat: „Die Bevölkerung, die preußische Volkschule sei von vornherein eine Staatschule gewesen, ist irrig. Die Verbindung der Schule und Kirche bestand immer. Der Vorwurf, ich befände mich in der Belegschaft des Zentrums auf einer abschüssigen Bahn, ist der Dank für meine aufopfernde Fürsorge für die Lehrer. Auf den Lehrertagen sind tatsächlich bedauerliche Verlöste vorgekommen, wogegen die Unterrichtsverwaltung einschreiten muß. Ich erkenne gern an, was der preußische Lehrerstand geleistet hat, Viebedienerei gegen das Zentrum liegt mir fern. Die Unterdrückung der katholischen Studenten-Verbindungen, die seit 50 Jahren bestehen, wäre der allergrößte Verstoß gegen die akademische Freiheit. Ohne jede Berechtigung greift mich die Presse täglich an, die persönlichen Angriffe vertrage ich. Ich bedauere aber die systematische Fälschung der öffentlichen Meinung.“

* Die Stadtverordneten-Versammlung in Königsberg lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab, den Ruhrbergleuten eine Unterstützung von 5000 M. zu bewilligen.

* Der Konflikt zwischen dem Professorenkollegium und der Studentenschaft der technischen Hochschule in Hannover, der, wie wir gestern meldeten, durch Ausschließung zweier Studenten von der Hochschule entstanden war, scheint sich in Wohlgefallen auslösen zu sollen. Wenigstens hat das Professorenkollegium der Hochschule eine Kommission gewählt, welche bereit ist, mit den Studenten in Verbindung zu treten. In einer Bekanntmachung bittet die Kommission die Studentenschaft aus ihrer Mitte ebenfalls eine Kommission zu wählen, damit die Unterhandlungen beginnen können.

Oesterreich.

* Wien, 23. Febr. Die „Voss von Rom“. Bewegung hat in Wien neuerdings begonnen, und zwar unter den deutsch-nationalen Studenten der Wiener Universität infolge der Haltung des derzeitigen Rektors, des katholischen Theologen Professor Schindler, der schon seit den Kundgebungen anlässlich der Innsbrucker Vorgänge den deutsch-nationalen Studenten schroff entgegnet. Gegen 60 Studenten zeigten ihren Austritt aus der katholischen Kirche an und werden vom Pfarrer Beck in die evangelische Kirche aufgenommen. Zur Feier dieses Übertrittes findet ein Kongress der deutsch-nationalen Verbündung statt.

Die Lage in Russland.

Die Fabrikanten von Petersburg überreichten dem Finanzminister eine Denkschrift, in der sie hervorholen, daß die Regierung durch ihre gegenwärtigen Verhalten die Arbeiterruhe selbst begünstige. Keinerlei provisorische Entlastungen, keine Umarbeitung der Arbeitergesetze würden die Bewegung der Arbeiter zum Stillstand bringen, solange die Regierung nicht tiefgreifende allgemeine staatliche (politische) Reformen durchführe. Gleichsam zur Bestätigung dessen legten in mehreren Metalfabriken die Arbeiter die Arbeit nieder, indem sie erklärten, daß sie von der Gewährung ihrer wirtschaftlichen Forderungen Abstand nehmen und in erster Linie auf der Bewilligung ihrer politischen Forderungen bestehen. Im Gegensatz hierzu haben alle ruhigen Elemente die Arbeit in den Bülow-Werken wieder aufgenommen, die unruhigen werden ausgewiesen und nach ihrer Heimat abtransportiert. Die ganze schwedende Reform der Arbeitergesetze dürfte in kurzer Zeit auf einen toten Punkt gelangen, was Veranlassungen zu neuen Unruhen geben wird. — Die russischen Machthaber haben also nichts gelernt und Alles vergessen.

Der russisch-japanische Krieg.

Der Konflikt im russischen Oberbefehl der Mandchuriamee wird in Petersburg mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt. Eine dem russischen Hofe nahestehende Persönlichkeit erzählt, General Gripenberg habe in seiner Audienz beim Baron einen unangenehmen Mangel an Takt und selbst an Patriotismus an den Tag gelegt. Wenn alle Einzelheiten, die man von der Audienz berichtet, wahr sind, kann kein Zweifel darüber bestehen.